

Resolution zur Preiserhöhung des deutschlandweiten Semestertickets

Die ZaPF begrüßt die deutschlandweite Gültigkeit der Semestertickets, allerdings kritisiert sie die geplante Preiserhöhung des Deutschlandtickets auf 58 €. Durch die Kopplung des deutschlandweiten Semestertickets an den Preis des Deutschlandtickets trifft diese Preiserhöhung auch Studierende, die meist verpflichtet sind, diese zu beziehen, und welche aufgrund der oft prekären finanziellen Situation im Studium durch eine Preiserhöhung besonders stark betroffen sind.

Fast 30 € im Monat, wie es gerade der Fall ist, für Mobilität auszugeben, ist insbesondere für finanziell schlechter gestellte Studierende bereits nicht zumutbar. Eine weitere Erhöhung könnte dazu führen, dass das Ticket im Solidarmodell nicht mehr tragbar ist. Hierdurch wären Studierendenvertretungen, welche keine Rückfalloption in alte Verträge haben, gezwungen, neue Verträge zu schlechteren Konditionen zu schließen oder könnten gar kein Semesterticket mehr anbieten.

Deswegen schließt sich die ZaPF dem Deutschen Studierendenwerk und dem freien zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) in der Forderung zur Entkopplung des Semestertickets vom Preis des Deutschlandtickets und der Festlegung einer Preisobergrenze an.¹

Verabschiedet am 02. November 2024 auf der ZaPF in Mainz.

 $^{^{1} \}texttt{https://www.fzs.de/} 2024/08/21/\texttt{deutschland-semesterticket-preis-obergrenze-festlegen/}$